



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Dringen und draußen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Drinne und drauſſen

**Frankreich und der Putſch.** Die Furcht Frankreichs vor einer militäriſchen Gegenrevolution und ſeine Wachſamkeit gegen jedes Erſtarken Deutschlands hat ſich während der Kriſis ſo deutlich ausgeſprochen, daß es verlohnt, einige Zeugniſſe aus dieſen Tagen feſtzuhalten. Wir geben die Meldungen nach der „Frankf. Ztg.“ Nr. 205 wieder.

In einem überaus heftigen Artikel ſtellt der „Temps“ feſt, daß die alliierten Regierungen 24 Stunden nach dem Ausbruch der Gegenrevolution in Berlin noch nichts getan und noch nichts geſagt haben.

Sie ſchienen ſogar zu glauben, fährt er fort, daß ſie ſich um die Regierung, die Deutschland ſich geben wolle, nicht zu kümmern hätten. Das Blatt beſchwört die alliierten Regierungen, an die äußerſte Schwere der gegenwärtigen Kriſis zu denken und an den unberechenbaren Wert eines jeden Augenblicks, der verſtreiche. Gegenüber den Verantwortlichkeiten, die die alliierten Regierungen heute hätten, ſeien diejenigen, die Napoleon III. 1866 gehabt habe, leicht geſeſen. Auf was warte man noch nach den Erfahrungen, die von Jena nach Leipzig, von Olmütz nach Sedan geführt hätten, nach den Erfahrungen des letzten Krieges? Brauche man da etwa noch Enqueten oder Erläuterungen, um zu begreifen, was die Herrſchaft des Militärs in Berlin bedeute? Das Blatt ſagt, man behaupte, die in Berlin herrſchten, ſeien nur Komparſen. Aber glaube man, daß ſie allein gehandelt hätten? Die Reichswehr und die Sicherheitswehr, die die reguläre Regierung hätten verteidigen ſollen, hätten ſich ohne einen Flintenſchuß en bloc dem neuen Regime angeſchloſſen. Hätte eine Handvoll Komparſen dieſes Ergebnis erzielen können? In ganz Deutschland bis zur Saar ſei die Gegenrevolution zu gleicher Zeit ausgebrochen. Nach den Nachrichten von heute nacht und heute morgen hätten ſie ſofort in Hamburg, Hannover, Kaſſel, ja ſogar in München triumphiert. Das Blatt glaubt nicht, daß untergeordnete Perſonen

das hätten erreichen können. Es erkennt daran die Methode des preußiſchen Großen Generalſtabes. Sei es Zufall, daß General Hoffmann nach Berlin zurückgekehrt ſei, daß General von Lettow-Vorbeck einen Vortrag vor der patriotiſchen Jugend in Nürnberg gehalten habe? Man habe die gegenwärtigen Ereigniſſe mit der Rückkehr von der Inſel Elba verglichen. Wer glaubt ſich groß genug, Waterloo verhindern zu können, wenn nicht General Ludendorff? Das Blatt erinnert daran, daß man auch 1862 die Größe Bismarcks nicht erkannt habe. Das Blatt erinnert daran, daß man auch 1862 die Größe Bismarcks nicht erkannt habe. Das Blatt erinnert an die Rede Graf Poſadowskys für die Auflöſung der Nationalverſammlung und verwahrt ſich dagegen, daß ſelbſt franzöſiſche Sozialiſten auf das deutſche Proletariat verweiſen, wie Ende Juli 1914. Wenn jemals die deutſche Gegenrevolution den Krieg wieder entfache und die franzöſiſchen Soldaten zwingen, ſich töten zu laſſen, dann werde man hoffentlich Rechenschaft von den ſeltſamen Leuten verlangen, die in dem Augenblick, in dem die Militärdiktatur in Berlin ausgerichtet werde, nichts Eiligeres zu tun hätten, als gegen angebliche imperialiſtiſche Pläne der Alliierten zu proteſtieren. Wenn man das tue, was die Leute wollten, dann wolle man ſich auf die bolſchewiſtiſche Bewegung ſtützen. Das ſei eine ſchöne Hoffnung; wenn die militäriſchen Chefs über dieſe Bewegung ſiegten, dann erſchienen ſie wie die Verteidiger der ſozialen Ordnung, und wenn ſie unterliegen würden, dann ſei der Bolſchewismus als Nachbar Deutschlands etabliert. Werde er etwa die Wiedergutmachungen, die Deutschland Frankreich ſchulde, bezahlen? Vor der Schlacht von Sadowa habe Thiers in der Kammer geſagt, der größte Grundſatz der europäiſchen Politik ſei, daß Deutschland aus unabhängigen Staaten zuſammengeſetzt ſei, die unter ſich föderativ verbunden wären. Der „Temps“ ſchließt, indem er darauf hinweiſt, daß die neue Regierung in Berlin ſage, die deutſche Armee könne nicht

unter 250 000 Mann herabgesetzt werden. Deshalb müsse man unverzüglich handeln. Man müsse den Deutschen beweisen, daß man der Stärkere sei.

Auguste Gaubain betrachtet im „Journal des Debats“ die Lage etwas ruhiger:

Bevor man Pläne aufstelle, müsse man Tatsachen in Betracht ziehen. Für den Augenblick wolle man auf dem Beobachtungsposten bleiben, bereit, auch zu Handlungen überzugehen, wenn es notwendig wäre. Vielleicht werde der Staatsstreich von Kapp interessante Folgen nach sich ziehen, die die Reaktionen nicht vorausgesehen hätten. Vielleicht würden sich die anderen Staaten des Reiches gegen Preußen erheben. Vielleicht würde die antiberlinische Bewegung, die sich nach dem Waffenstillstand gezeigt habe, wieder erstehen. Vielleicht auch würde sich die Spaltung, die gewisse Franzosen Deutschland hätten aufzwingen wollen, ganz natürlich vollziehen. Man dürfe deshalb die Kaltblütigkeit nicht verlieren und müsse wachsam bleiben.

Der „Intransigeant“ sagt, das alte Deutschland habe sich weder gebessert, noch sei es entwaffnet. Die französische Garantie am Rhein, limitiert auf 15 Jahre, beunruhige die Zukunft, denn die Gegenwart zeige sich sehr unsicher. Die Lasten dieser Wacht am Rhein kämen fast ausschließlich Frankreich zu. Deutschland zeige wieder seinen unverbesserlichen Eroberungsgeist. Man spricht dort fortgesetzt vom Revanchekrieg, den man aus Prahlerei für ein nahe Datum festsetzt. Die Entente dürfe nicht still bleiben. Man müsse die Gelegenheit ergreifen, um Deutschland auf der Basis, die der Kriegsminister André Borel vor- gesehen habe, zu entwaffnen.

Der Genfer Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ telegraphiert unter dem 14. März:

Die französische Presse scheint eine Art Genugtuung über die Vorgänge zu empfinden. Das Gefühl der Erleichterung ist um so deutlicher, als in der letzten Zeit alle Nachrichten aus Berlin von einer unverkennbaren wirtschaftlichen und nationalen Wiedererstarke Deutschlands sprachen und man diese Wiedergeburt durch die jetzigen Ereignisse gehemmt sieht. Die nationalistische

Presse wiederholt die alte Forderung, daß die Entente das einheitsliche Reich nicht mehr anerkenne, sondern nur mit den einzelnen Staaten verhandeln dürfe.

**Zweierlei Maß — Verfassungsbruch von rechts und von links.** Wie erbarmungslos die Regierung, gesetzt von „Vorwärts“ und „Frankfurter Zeitung“, die Urheber des Döberitzer Frevels, mit ihnen aber auch viele Unschuldige verfolgt und wie sie dabei ihre eigene einzige Stütze, die Armee, untergräbt, ist bekannt. Sie verhandelte nicht mit Kapp und gab alle Vermittler preis, so loyal auch diese wirkten; sie erfüllte nicht einmal deren verfassungsmäßige Anregungen. Es wird nun interessant zu erleben, worauf sie sich nach der Niederbeugung der Armee stützen wird, um Hochverrat, Verfassungsbrüche und bewaffnete Ultimatus von links ebenso unbeugsam niederzuschlagen. Danach erst wird man er- messen können, ob ihre Stärke gegen rechts nicht in Wahrheit schon nervöse Schwäche war. Vorläufig ist es nötig, einmal die Sprache festzuhalten, mit welcher die Linke, durch Kapps Wahnsinnstat aufgeputzt und durch die Regierung ermutigt, zur Regierung redet.

In der Brauerei Bögow zu Berlin traten am 26. März nachmittag etwa tausend Betriebsräte der U. S. P. D. und R. P. D. zu einer Generalversammlung zusammen, um zu der gegenwärtigen Lage und zu der Einberufung eines Reichs-Kongresses Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende der U. S. P. D. Däumig berichtete über die gegenwärtige politische Lage. „Die bürgerliche Koalition“, so führte der Redner aus, „ist durch den letzten Stoß, den ihr die organisierte Arbeiterschaft versetzte, so erschüttert, daß sie nicht mehr das moralisch-politische Übergewicht besitzt und sich lediglich auf die Verfassung stützen kann. Die Ministerernennungen überstürzen sich. Eben ist Bauer zurückgetreten, und Hermann Müller, der die Kabinettsbildung übernehmen soll, wird schwerlich dieser Aufgabe Herr werden. Angesichts dieser verworrenen Lage

fehlt im Augenblick noch der proletarische Gegendruck.

Es wäre verkehrt, anzunehmen, daß es nur des Willens der Arbeiterschaft bedarf, um die Regierung in die Hand zu nehmen. Denn die militärischen Machtverhältnisse sind nicht zu unterschätzen. In Mitteldeutschland hat die Arbeiterschaft es nicht verstanden, ihre Anfangserfolge auszunutzen und die „Strafaktion“ gegen Suhl und Solingen ist jeden Augenblick zu erwarten. Auch im Ruhrrevier haben die Arbeiter leider nicht die Mittel gehabt, ihren Anfangserfolg durchzuführen. Für das Ruhrrevier wird die Lage von Stunde zu Stunde ernster. Bayerische und württembergische Truppen stehen kampfbereit, und aus Schlessen sind gestern dreizehn Truppenteile nach dem Westen abgegangen. (Zuruf: „Wo sind die Eisenbahner?“) Es steht zu befürchten, daß der Vielefelder Waffenstillstand keinen langen Bestand haben wird und daß sich Kämpfe entwickeln werden, die für ganz Deutschland schwerste Folgen haben müssen.

Wir haben heute nachmittag mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, mit der Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände und den Gewerkschaften verhandelt. Wir waren der Ansicht, daß an das gesamte deutsche Volk erneut der Kampftruf zur Beseitigung der militärischen Macht ergehen müsse. Leider haben sich bei unseren heutigen Besprechungen die Gewerkschaften nicht sofort für den Generalstreik entscheiden können, obwohl sie den Ernst der Lage nicht verkennen. Von den Gewerkschaftszentralen konnten wir jedoch lediglich erreichen, daß dem Reichspräsidenten ein kurzfristiges Ultimatum gestellt wird. Wir dürfen unsere Brüder im Ruhrrevier nicht über-rumpeln lassen. Wir verlangen vom Reichspräsidenten, daß alle in Rheinland-Westfalen stehenden Truppen und auch die auf dem Marsch befindlichen Formationen in die Garnisonen zurückgebracht werden, daß die Arbeiterschaft ihre Waffen behält. Es ist früher eine Kommission für Berlin gebildet worden, welche in zwei bis drei Tagen den Eintritt der Arbeiter in die Sicherheitspolizei und die Bildung von bewaffneten Arbeiterwehren durch-

setzen soll. Werden die Forderungen nicht bewilligt, so antworten wir mit dem Generalstreik. Wir dürfen uns freilich nicht einbilden, daß die Entwaffnung des Militärs, der Einwohnerwehren und der Polizei eine leichte Sache sein wird; denn diese Söldner kämpfen um ihre Existenz. Wir müssen uns klar sein, daß wir auch bei diesem Kampf nicht das letzte Ziel, die Räteregierung, erreichen werden, daß wir aber auf dem Wege zu dem Endziel die schwierigste Etappe dann überwunden haben.“

Nach einer längeren Aussprache, in welcher schnelle Einberufung eines Reichs-Räterkongresses nach Berlin beschlossen wurde, nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Der vorzeitige Abbruch des Generalstreiks vor Erreichung der notwendigen Garantien für die werktätige Bevölkerung hat die von der Zentralstreikleitung vorausgesagte Wirkung gehabt, daß die konterrevolutionären Kräfte sich wieder sammeln und stärken. Die Atempause, die der Konterrevolution durch die Unterbrechung des Generalstreiks geworden ist, wird dazu benützt, um die fleghche Arbeiterschaft besonders in Rheinland-Westfalen durch die Soldateska niederzuzerkeln. Die Vollversammlung der Berliner Betriebsräte ruft angesichts dieser ungeheuerlichen Presserei der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands, angesichts der neuen drohenden Gefahren das Proletariat auf, sich für eine neue Kraftanstrengung bereitzumachen.“

Die Vollversammlung beauftragt den Aktionsauschuß, sofort alle Maßnahmen für einen neuen Generalstreik zu treffen. Der Generalstreik muß geführt werden, bis die Durchführung folgender Forderungen gelungen ist. 1. Sofortige Entwaffnung und Auflösung der konterrevolutionären Truppen, d. h. der Truppen, die gegen die Arbeiter gekämpft haben. 2. Verhaftung der Offiziere und ihre Aburteilung durch ein Arbeitergericht. Sofortige Beschlagnahme aller Waffen der Bourgeoisie und Übergabe der Waffen an die Arbeiterräte. 4. Betriebsweise Ausgabe von Waffen an organisierte Arbeiter, Angestellte und

Beamte. 5. Bildung von Arbeiterwehren unter zentraler Leitung der Arbeiterräte. 6. Schleunige Einberufung eines

Reichs-Rätekongresses. Vervollständigung der Wahlen der revolutionären Betriebsräte.



## Bücherschau

**Laotse, Tao Te King.** Das Buch des Alten vom Sinn und Leben. Aus dem Chinesischen verdeutscht und erläutert von Richard Wilhelm. Diederichs, Jena 1919. Br. M. 5.—, geb. M. 8.—.

Das Wiedererscheinen dieses Buches, das mehrere Jahre im Buchhandel fehlte, wird dankbar begrüßt werden. Es bildet einen integrierenden Teil des von R. Wilhelm im Diederichschen Verlage herausgegebenen, auf zehn Bände angelegten Werkes „Die Religion und Philosophie Chinas, aus den Originalurkunden übersetzt.“ Die übrigen Teile dieses Werkes sollen, soweit sie erschienen sind, an dieser Stelle noch gewürdigt werden.

Die Bedeutung des Laotse, dessen Ideen in China von dem staatlich sanktionierten, ethisch-politischen System des Konfuzius verdrängt wurden und dann in der Trübung von Aberglauben und Sektentum wohl ein starkes, wucherndes Leben und breite Wirkung empfangen, aber ihrer ursprünglichen Reinheit verlustig gingen, wird für das abendländische Denken eine stetig steigende werden. Die verschiedensten Antriebe modernen Denkens finden ihre Erfüllung in dem geistigen Kosmos, den dieser einzigartige Denker geschaffen hat: die Abwendung von romantisch-stimmungshafter Weltanschauung und rationalistischer Metaphysik, die Bemühung um einen gereinigten Begriff der Humanität, um ein System autonomer Werte sowohl in der individuellen als auch in der gesellschaftlichen und politischen Sphäre. Dem begegnen bei Laotse die in Wesensreinheit gesehenen und mit unvergleichlicher Energie der Sprache erschlossenen Konzeptionen (seien sie nun ursprünglich oder erneuert) des Rechten Menschen (Wilhelm übersetzt „der Berufene“, andere „der Hei-

lige“ oder „der „Bollkommene“) und des Tao. Eine Definition dieses Begriffes zu geben, scheint unmöglich, wenn man die von den verschiedenen Übersetzern gegebenen Deutungen nebeneinander hält. Aber darin offenbart sich seine begriffliche Prägnanz und zugleich seine unverkennbare Beziehung auf Forderungen, die erst die moderne Logik präzisiert hat: daß seine Bedeutung aus seiner funktionalen Beziehung, aus seiner Stellung in einzelnen und zusammenhängenden Sätzeausagen eindeutig hervorgeht. Darum würde man sich in lauter Widersprüche verwickeln, wollte man das Tao mit den Oberbegriffen einer unkritischen Metaphysik interpretieren: es hat weder die kosmologische Bedeutung des Weltgrundes, wie bei den Vorsokratikern, noch die psychologische des Seelengrundes, wie in der christlichen Mystik, noch auch die theologische des göttlichen Grundes wie im Neuplatonismus. Andererseits steht fest, daß in seiner Struktur die religiösen Komponenten nicht minder wirksam sind als die ethischen, soziologischen usw. Wie der Begriff des Tao es unternimmt, die Einstimmigkeit, die Gleichgerichtetheit himmlischen, irdischen und menschlichen Geschehens auszusprechen, so bezieht sich seine Valenz gleichmäßig auf diese drei Reiche. Es fehlt vielleicht an den zureichenden Worten, um die Eigenart dieses kosmischen, zugleich naturalistischen und individuellen Prinzips, das mit ähnlichen Prinzipien im brahmanischen und buddhistischen Indien geistig eng verwandt ist und den Ausdruck eines Weltbildes darstellt, das man vielleicht als allgemein-orientalisch bezeichnen darf, derart herauszustellen, daß seine Beziehung zum Geiste moderner Wissenschaft und unlöslich die Möglichkeit seiner Rechtfertigung vor demselben genügend scharf hervortritt.